Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 99 (2005)
Heft: 5

Artikel: Hartz IV kommt - aber ob es bleibt, entscheiden wir
Autor: Gerhardt, Sebastian
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-144515

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Proteste bis zur Erschöpfung

«Die Demonstranten gehen, Hartz IV kommt». Mit dieser schöpferischen Anspielung auf das bekannte Jonny Walker-Werbemotto formulierte die Süddeutsche Zeitung mit deutlicher Genugtuung die sich abzeichnende Entwicklung der Proteste. In der Tat: Mit der Demonstration vom 2. Oktober 2004 haben sich die breiten Proteste erst einmal erschöpft.

Schauen wir zurück: Ab dem 19. Juli verschickte die Bundesagentur für Arbeit die *Formulare für das ALG II*, Ende Juli begannen in mehreren ostdeutschen Städten unabhängig voneinander Initiativen für «Montagsdemonstrationen»

gegen Hartz IV. Damit wurde aus der weit verbreiteten Angst vor der Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und der Empörung über immer neue Zumutungen für die abhängig Beschäftigten und Erwerbslosen endlich *öffentlicher Protest.*

Mit der Demonstration in Berlin und Ansätzen in einigen westdeutschen Städten startete Mitte August der Versuch linker Gruppen, das regional erfolgreiche Protestmodell zu verallgemeinern. Es gelang nur in der *Hauptstadt*, wo im Zuge der «Wiedervereinigung» der Westen an den Osten angeschlossen worden war. Unberührt vom politischen Konflikt unter den Organisatoren zogen am 16. August Linksradikale und Kreuzberger Ureinwohner gemeinsam mit gesitteten Mitbürgerinnen und Mitbürgern aus allen Himmelsrichtungen und einigen ehemaligen DDR-Oppositionellen zur *SPD-Zentrale.* Noch nie wurden so

Sebastian Gerhardt

Hartz IV kommt – aber ob es bleibt, entscheiden wir

Seit dem 1. Januar 2005 ist in Deutschland das «Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt», auch Hartz IV genannt, in Kraft. Das Gesetz ist Teil der «Agenda 2010», der laut Bundeskanzler Gerhard Schröder «größten Sozialreform der Nachkriegszeit». Die «Sozialreform», von der die Regierenden sprechen, ist aber in aller Regel der Sozialabbau, den sie meinen. Hartz IV schafft Arbeitslosen- und Sozialhilfe ab, stattdessen wird Bedürftigen künftig das so genannte «Arbeitslosengeld II» (ALG II) gezahlt. Dabei wird ein unterschiedlicher Bedarfssatz zu Grunde gelegt: Im Westen liegt der Grundbetrag bei monatlich 345 Euro, im Osten bei 331 Euro. Auch Kinder werden dieser Logik folgend unterschiedlich «gewertet». Findet ein Hilfebedürftiger keine reguläre Arbeit, kann ihm eine «Arbeitsgelegenheit» angeboten werden. Wer solche Ein-Euro-Jobs ablehnt, muss mit einer Kürzung des Arbeitslosengelds rechnen. Die Zielrichtung des Gesetzes haben seine Urheber kurz mit «Fördern und Fordern» beschrieben, damit soll die Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt in Angriff genommen werden. Stattdessen geht die Angst um. Sie hat sich in Demonstrationen über zwei Monate hinweg Luft verschafft. Inzwischen ist Resignation eingekehrt. Warum das so ist und was weiterhin zu tun wäre, analysiert Sebastian Gerhardt in seinem Beitrag. Gerhardt ist Philosoph und Mathematiker. Er arbeitet im Berliner Haus der Demokratie und als Redakteur der Zeitschrift «Berlin von unten». *Red.*

viele Damenhandtaschen auf einer Demo gesehen.

Da drehte sich schon der Wind. Die Regierung machte klar, dass sie nicht im Traume an eine Änderung der Hartz-IV-Gesetze denkt. Und die *Gewerkschaftszentralen* gaben ihren regionalen Gliederungen grünes Licht für Proteste – und erteilten damit gleichzeitig einer bundesweiten Mobilisierung eine beiläufige Absage. Nur dort, wo es lokalen Druck gibt, wird unterstützt: Das hieß aber, die Bewegung würde auf den Osten beschränkt bleiben. Einzelinitiativen hier und da änderten an der Sache nichts.

Deshalb traf der Vorschlag einer *bundesweiten Demo* am 2. Oktober auf breite Zustimmung: Es schien der einzige Weg zu sein, wenigstens für einen Tag den Westen der Republik mit in die Bewegung hinein zu bekommen. Der Termin entstand aus einem Dilemma: Er sollte so nah wie möglich sein, damit die ostdeutschen Demos bis dahin durchhalten – und so fern wie möglich, damit Unterstützung aus Altgermanien mobilisiert werden kann.

Keine Niederlage, kein Sieg

Die Gründe für das Entstehen der heutigen Bewegung im Osten sind die gleichen, die eine Verallgemeinerung ausschließen. Auf dem Gebiet der vormaligen DDR hat sich eine *vom Westen abhängige Ökonomie* etabliert. Das Bewusstsein von dieser Abhängigkeit setzt jedem breiten Protest sehr pragmatische Grenzen. Schon Anfang September gab es daher eine ganze Reihe von *offenen Fragen,* denn die Wochen der großen Sprüche von Kanzlersturz und «breiter Volksbewegung» waren vorbei: Warum nehmen die Teilnehmerzahlen der Demonstrationen ab? Wie ist die Lage der Proteste vor Ort in der 6ten, 7ten, teils 8ten Woche? Warum gelingt es den Neonazis, sich auf Demos zu halten? Wo sind Verbündete zu finden? Wie sind die Chancen für eine Mobilisierung im Westen? Was können wir mit den Gewerkschaften erreichen, die die Kollegen selbst in unmittelbar betroffenen Bereichen nur noch zum geordneten Rückzug zusammenbringen? Was machen wir mit der großen Spaltung, dass nämlich die Arbeitslosen demonstrieren können, bis Ihnen die Beine abfallen – während die Beschäftigten zusehen, wie sie die wöchentliche Maloche hinter sich bringen? Es ging – und es geht – um den Inhalt der Proteste, und nicht darum, wer am lautesten oder am schnellsten ist. *Solidarität* ist nicht selbstverständlich, schon gar nicht unter den *Betroffenen von Arbeitszwang und Sozialkürzung.*

Mehr noch: Wenn die Protestbewegung gegen Hartz IV im Osten auch nicht gewinnen konnte, so konnte sie doch im Osten verloren gehen. Denn in der atomisierten sozialen und politischen Landschaft der fünf neuen Länder sind *neofaschistische Gruppen* längst zivilgesellschaftlich verankert. In einzelnen Orten haben Neonazis die Proteste übernehmen können und am Ende blieb den gutwilligen Veranstaltern nur die Resignation, um ihnen die öffentliche Bühne zu entziehen, zum Beispiel in Freital bei Dresden. Der dann folgende *Wahlerfolg* der neofaschistischen Parteien in Sachsen und Brandenburg wird zwar das politische System dieser Bundesrepublik nicht erschüttern. Aber die Positionen der Neonazis sind dadurch befestigt worden, auf Jahre hinaus.

Die *Theorie der Regierungsparteien*

stand sofort fest: die Anti-Hartz-Proteste hätten einen Populismus befördert, der nun den Rechten den Weg bereitet habe. Tatsächlich stand der Wahlerfolg von NPD und DVU aber am Ende der Proteste. Kaum einer glaubte mehr, Hartz IV sei zu verhindern. Nicht Demonstranten, mehrheitlich eher links orientiert, gaben den Neonazis die Stimmen. Es waren vielmehr Beobachter der erfolglosen Demonstrationen, die eine ganz bestimmte Sorte von Protest gewählt haben. Gerade angesichts der rechten Gefahren braucht es neue Strategien, wenn wir mehr wollen als uns nur gegenseitig zu bestärken.

Wie stark der Protest wirklich war, zeigte der 2. Oktober. Auch unter dem öffentlichen Druck von Regierung, Presse und Unternehmern, ohne Bündnispartner auf nationaler Ebene – und trotz der Ermüdung und Perspektivlosigkeit hatten sich die Demonstrationen über *zwei Monate* gehalten. Die Demonstranten zeigten eine *Betroffenheit und Empörung,* die sich nicht einfach wieder zusammenfalten und wegpacken lässt. Die beflügelnde Hoffnung auf Erfolg machte dem trotzigen Glauben an die gerechte Sache Platz. Wer das demonstrieren wollte, kam am 2.10. nach Berlin. Ohne große Resonanz im Westen fanden sich doch 50 000 Menschen ein. Keine Niederlage, kein Sieg. Was nun?

Was nun?

Die richtige Richtlinie, die alle Fragen korrekt beantwortet, hat keine der aufrufenden Gruppen und keiner der Demonstranten in der Schublade oder auf den Lippen. Es ist nicht angenehm, das zuzugeben. Die Versuchung war daher groß, die Widerstände einfach zu ignorieren und die Flucht nach vorn anzutreten. Dies ist die *alte SED-Strategie* (und die Strategie anderer führender Parteien), die «unseren» Menschen die Fragen und Widersprüche nicht zumuten will, die einfache, «klare» Lösungen anbietet, weil die realen Probleme für die «einfachen» Menschen zu kompliziert sind und uns arme Dummköpfe nur verwirren können. Es gibt aber auch den anderen Weg, der die unausweichlichen politischen Konflikte, die unterschiedlichen, auch falschen Antworten, die gegensätzlichen, auch gefährlichen Positionen, die auf der Straße, hier unter uns anzutreffen sind, nicht wegredet oder ignoriert.

Nicht in einem stalinistischen Geschichtsfahrplan irgendwelcher «Marxisten-Leninisten» sind historisch notwendig die nächsten Schritte vorgeschrieben, so dass wir nur noch brav folgen müssen. Im Gegenteil: Es reicht nicht, mehr oder weniger richtige Forderungen an «die da oben» zu richten. Die erste Forderung geht an uns selbst: die *Bildung handlungsfähiger Gruppen,* in denen die Einzelnen nicht eingereiht werden, sondern zusammenarbeiten können. Es geht um politische und soziale Organisationen, in denen die Erfahrungen ermüdender *Konkurrenz* und alltäglichen *Klassenkampfes* verarbeitet werden können. Nur mit denen ist dann auch den Nazis zu begegnen.

Solche Organisationen können nur bestehen, wo es gemeinsame Ziele gibt, die der Schärfe der Konflikte angemessen sind. Im Märchen heißt es, wer mit dem Teufel essen will, muss einen langen Löffel haben. Wenn wir die Vorstellung vom «Teufel» als ein Bild für sehr irdische Mächte auffassen, lässt sich dieser Hinweis auf unsere Verhältnisse anwenden: So lange Löffel, dass sich mit ihnen gefahrlos am Tisch des Kapitals speisen ließe, haben die Reformpolitiker aller Richtungen noch nicht erfunden.

«Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst kennst, kannst du ohne Gefahr hundert Kämpfe ausfechten. Wenn du nicht den Feind und nur dich selbst kennst, kannst du siegen oder geschlagen werden. Wenn du sowohl den Feind als auch dich selbst nicht kennst, wirst du in jedem Kampf eine Niederlage erleiden» (Sun Zi: Über die Kriegskunst). ●